

# INFORMATIONEN zur Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik der SPD

Herausgegeben von der  
Pressestelle der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Die Auflösungsstendenzen in der Gesamtdeutschen Partei (GdP), die aus dem Zusammenschluß von GB/BHE und Deutscher Partei hervorgegangen ist, haben zu einer politischen Neuorientierung weiter Kreise der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge geführt. Die CDU Baden-Württembergs hat der GdP am 3. Oktober 1963 ein Fusionsangebot gemacht, in dem es unter anderem heißt: „Die CDU in Baden-Württemberg bietet daher den Mandatsträgern, Mitgliedern und Anhängern der GdP/BHE an, in der Zukunft ihr politisches Wirken zugunsten der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und des gesamtdeutschen Gedankens geschlossen in der großen Gemeinschaft der CDU fortzusetzen. Dieses Angebot gilt der politischen Gemeinschaft der GdP/BHE in ihrer Gesamtheit. Einzelabwerbungen mit personellen Versprechungen sind nicht beabsichtigt.“ Obwohl die Gesamtdeutsche Partei schwerstem Druck ausgesetzt war, hat sie das Fusionsangebot der CDU abgelehnt. Nur der Staatssekretär Josef Schwarz hat den Übertritt zur CDU vollzogen. Seine Versuche, die GdP und ihre Mandatsträger im Landtag von Baden-Württemberg geschlossen in die CDU zu überführen, sind gescheitert.

Der Vorstand des Landesverbandes Baden-Württemberg der SPD hat zu dieser Entwicklung am 9. Dezember 1963 Stellung genommen und erklärt:

„Der Landesvorstand ist der Auffassung, daß die sachlich gerechtfertigten Belange der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten schon bisher durch sozialdemokratische Parlamentarier im Bund und im Lande

A 03 - 02353

erfolgreich vertreten worden sind. Die SPD kann darauf verweisen, daß in ihren Reihen maßgebliche Vertreter des Bundes der Vertriebenen sowie anderer Flüchtlings- und Geschädigtenorganisationen tätig sind. Der Landesvorstand ist sich bewußt, daß noch nicht alle Aufgaben der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Eingliederung befriedigend gelöst sind. Er hat alle Organisationen der SPD in Baden-Württemberg aufgerufen, jede Anstrengung auf der Ebene der Gemeinden, der Kreise und des Landes zu unternehmen, um auf die Erfüllung dieser Aufgaben zu drängen. Er hat weiter seine Bereitschaft erklärt, allen aktiven Kräften aus den Reihen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Geschädigten, die bisher nicht den Weg zur SPD gefunden haben, die politische Plattform zu geben, um auch künftig an der politischen Gestaltung ihres Schicksals mitzuwirken.

Mit Aufmerksamkeit verfolgt der Landesvorstand die Entwicklung innerhalb der Gesamtdeutschen Partei (GdP), die ihm Anlaß zu folgender Feststellung gibt:

Die Landtagswahl vom 26. April 1964 wird für die weiteren vier Jahre die Grundzüge der Landespolitik bestimmen. Die SPD vertritt eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und erblickt in der Wiederherstellung der nationalen Einheit das wichtigste außenpolitische Ziel. In ihrem Godesberger Programm setzt sie sich für das Recht aller Menschen auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur ein und sieht im Selbstbestimmungsrecht und der Gleichberechtigung aller Völker die beste Sicherung des Friedens.

Die SPD anerkennt dabei aber auch die Bemühungen der politischen Kräfte der Gesamtdeutschen Partei (GdP), mit denen sie sich in vielen Sachfragen in Übereinstimmung befand. Der SPD-Landesvorstand ist überzeugt, daß sich die bisherigen Wähler der GdP und des vormaligen BHE bei ihrer Entscheidung von der Erkenntnis leiten lassen, daß die Sozialdemokratische Partei auch künftig ein zuverlässiger Sachwalter ihrer berechtigten Anliegen ist."

## Klare Antworten der SPD

Der „Bund der Vertriebenen (BdV) — Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“, Landesverband Baden-Württemberg, ist bereits Ende Juli 1963 an den SPD-Landesverband herangetreten und hat um die sozialdemokratische Stellungnahme zu einigen sachlichen Problemen gebeten, die das besondere Interesse der Heimatvertriebenen und Flücht-

linge finden. Die sozialdemokratische Antwort, die auch in einer Besprechung zwischen Vertretern des BdV und der SPD-Landtagsfraktion eingehend erörtert worden ist, enthält zu den einzelnen aufgeworfenen Fragen folgende Stellungnahme:

### Schnelle Abwicklung der Hauptentschädigung

Es darf daran erinnert werden, daß unser Landesvorsitzender, Dr. Alex Möller, schon vor zehn Jahren den Vorschlag gemacht hat, eine raschere Abwicklung der Hauptentschädigung durch Ausgabe von Schuldverschreibungen in die Wege zu leiten. 1957 hat die Bundesregierung versprochen, 5 Milliarden DM für die Erfüllung der Hauptentschädigung zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Obwohl unser Parteifreund Hemsath, der damals für die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge zuständige Minister in Nordrhein-Westfalen, einen entsprechenden Antrag im Bundesrat stellte, hat die Bundesregierung bis heute die in Aussicht gestellten 5 Milliarden DM nicht bereitgestellt. Im Gegenteil hat vor einem Jahr der damalige Bundesfinanzminister Starke mit dem Parolenruf „Alles auf einmal“ sich gegen eine raschere Abwicklung des Lastenausgleichs gewandt. Unser Landesvorsitzender Dr. Alex Möller hat sich dagegen in einem Artikel „Lastenausgleich — Forderung des ‚alles auf einmal‘“ gewandt.

Die Bemühungen Ihres stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Hasenöhl (SPD), der Mitglied des Kontrollrats beim Bundeslastenausgleichsamt ist, in dieser Angelegenheit sind Ihnen sicherlich bekannt.

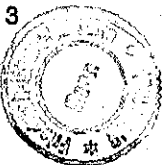
### Fortführung des sozialen Wohnungsbaus und Mieterschutz

Es ist allgemein bekannt, daß die SPD ernsthafte Bedenken gegen die verfrühte Aufhebung der Mietpreisbindung, der Wohnungsbewirtschaftung und des Mieterschutzes vorgebracht hat. Uns war es klar, daß gerade der Personenkreis der Vertriebenen ganz besonders betroffen sein würde.

Die SPD ist gegen die Einschränkung des sozialen Wohnungsbaues im gegenwärtigen Zeitpunkt, zumal besonders bei den Altvertriebenen noch in erheblichem Umfang Wohnungsnotstände vorhanden sind. Besonders setzt sich die SPD auch für den Wohnungsbau für Alleinstehende und für Altersledigen ein.

Nicht nur im Bundestag, sondern auch im Landtag von Baden-Württemberg haben Anträge der SPD seitens der Regierungskoalition keine Unterstützung erfahren. Ein Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion im Haushaltsjahr 1963, 60 Millionen DM zusätzlich für den Woh-

A 03 - 02353



nungsbau bereitzustellen, scheiterte — wie Sie wissen — am Verhalten der Regierungskoalition. Die SPD wird bemüht sein, Maßnahmen vorzuschlagen, die eine Milderung der Notstände, die durch den Lücke-Plan entstehen, erwirken.

#### **Existenzaufbau**

Die SPD wird — wie bisher — dafür eintreten, daß die Beträge für Existenzaufbaudarlehen in der notwendigen Höhe bereitgestellt werden.

#### **Seßhaftmachung heimatvertriebener Bauern**

Es darf auf die Erklärung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Erich Ollenhauer, auf dem zweiten Ostdeutschen Bauerntag in Bad Godesberg sowie auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs, eines Ihrer Vizepräsidenten, hingewiesen werden, die sich als leidenschaftliche Verfechter der berechtigten Forderungen der heimatvertriebenen Bauern angenommen haben.

#### **Aufrechterhaltung einer Hauptabteilung für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte unter Leitung eines Staatssekretärs**

Die SPD ist nach wie vor der Ansicht, wie es in ihrem Entwurf zum baden-württembergischen Ministergesetz zum Ausdruck kommt, daß die Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge wegen ihres sozialen Gehalts in einem Arbeits- und Sozialministerium behandelt werden sollten. Leider wurde dieser Vorschlag von der Regierungskoalition abgelehnt.

#### **Verstärkte finanzielle Förderung der kulturellen Arbeit**

Wie erinnerlich, ist die in den letzten Jahren erfolgte wesentliche Erhöhung der Etatmittel auf diesem Gebiet auf die Initiative des früheren sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Riegel zurückzuführen. Die SPD wird — wie auf Bundesebene, so auch auf Landesebene — für diese wichtige Aufgabe, die sowohl der inneren Eingliederung als auch der Erhaltung des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge dient, die notwendige Unterstützung gewähren.

#### **Ostkundeunterricht**

Die SPD hat in diesen Tagen bereits einen besonderen Ausschuß gebildet, der sich mit der Durchführung des Ostkundeunterrichts in Baden-Württemberg befassen wird, um Wege zu finden, wie die hier aufgetretenen Widerstände und Schwierigkeiten überwunden werden können.

#### **Haus der Heimat**

Die SPD ist der Ansicht, daß auch in Baden-Württemberg wie in den anderen Ländern — Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Hamburg und Bremen — eine zentrale Begegnungsstätte für die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge errichtet werden sollte.

#### **Gesamtdeutsches Referat**

Die Schaffung eines solchen Referats wird unter der Voraussetzung, daß eine echte Aufgabenstellung und eine wirklich qualifizierte personelle Besetzung erfolgt, von der SPD geprüft werden.

## **Neue Initiativen der SPD**

Inzwischen hat die SPD-Fraktion auf dem Gebiet der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung weitere Initiativen unternommen. So wurde von der SPD-Fraktion im Oktober 1963 im Landtag beantragt, die Regierung aufzufordern,

1. ein eigenständiges „Landesinstitut für Ostfragen“ zu errichten, das zur Aufgabe hat
  - a) die Pflege und Vertiefung der Kenntnisse über die osteuropäischen Vertreibungsgebiete und die deutschen Ostgebiete unter besonderer Berücksichtigung der Erarbeitung von ostkundlichen Materialien für die Erwachsenenbildung;
  - b) die Sammlung des Kulturgutes der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge und ihre Auswertung zur Stärkung des gesamtdeutschen Bewußtseins;
  - c) die Durchführung von Kursen für osteuropäische Sprachen;
2. diesem Institut eine Wirkungsstätte zu geben, die auch Raum bietet
  - a) zur Unterbringung bereits bestehender Einrichtungen, die sich der Erhaltung des Kulturgutes der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge widmen und zur Pflege und Vertiefung der Kenntnisse über die Vertreibungsgebiete einen wesentlichen Beitrag leisten;
  - b) zur Begegnung aller den Heimatgedanken pflegenden Organisationen.

Dieser Antrag wurde im Zuge der Haushaltsberatungen der Regierung als Material überwiesen. Da von der Landesregierung keine Vorschläge erfolgten, hat die SPD-Fraktion im Februar 1964 erneut einen Vorstoß unternommen und im Landtag beantragt, die Landesregierung zu ersuchen:

I.

Für die Errichtung eines „Landesinstituts für Ostfragen“

1. mit dem Verein „Haus der Heimat e.V.“ in Böblingen vertragliche Abmachungen zu vereinbaren, damit ein ausreichender Teil der Räume des „Hauses der Heimat“ in Böblingen für Büro-, Archiv- und Konferenzzwecke des zu errichtenden „Landesinstituts für Ostfragen“ Verwendung finden kann;
2. die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen zu schaffen, die zur Errichtung des „Landesinstituts für Ostfragen“ erforderlich sind und
3. im Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 1964 die notwendigen Mittel bereitzustellen, um Ziffer 1 und 2 umgehend zu verwirklichen.

II.

Das „Institut für ostdeutsche Volkskunde“ in Freiburg als staatliches Institut zu übernehmen und hierfür im Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 1964 entsprechende Mittel einzusetzen.

In der Plenarsitzung vom 27. Februar 1964 äußerte sich die Regierung positiv zu dem von der SPD vorgetragenen Gedanken der Errichtung eines „Landesinstituts für Ostfragen“ und sicherte beschleunigte Maßnahmen zu, um dieses Anliegen zu verwirklichen. Der sozialdemokratische Antrag, das „Institut für ostdeutsche Volkskunde“ in Freiburg, das von Professor Künzig geleitet wird, als staatliches Institut zu übernehmen, wurde vom Landtag angenommen.

Zur Behebung vorhandener Eingliederungsschwierigkeiten und im Bemühen um eine wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge verlangte die SPD-Fraktion von der Landesregierung

1. durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß diejenigen Gewerbe-, Handels- und industriellen Kleinbetriebe, die ihre Aufbauschwierigkeiten noch nicht überwunden haben, in die Lage versetzt werden, auch in einer gemäßigeren Konjunktur ihre Existenz zu erhalten;
2. durch geeignete Individualhilfen in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt einen Ausgleich der Berufsverschlechterung anzustreben, die für eine große Zahl Heimatvertriebener und Flüchtlinge bei den Eingliederungsmaßnahmen in der Vergangenheit nicht zu umgehen war;

3. sich im Rahmen des auf Bundesebene bestehenden Fünfjahresplanes für vertriebene Bauern mit allem Nachdruck für die Eingliederung der siedlungswilligen vertriebenen und geflüchteten Bauern einzusetzen und dabei insbesondere auf eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Vollerwerbs- und Nebenerwerbsstellen hinzuwirken.

Auch die Debatte über diesen Antrag, die ebenfalls am 27. Februar 1964 im Landtag stattfand, zeitigte positive Ergebnisse. Zu den Ziffern 1 und 2 des vorstehenden Antrags wurden von der Regierung befriedigende Zusicherungen abgegeben, Die Ziffer 3 des Antrags fand die einhellige Zustimmung des Landtags.

Daß die sozial- und wirtschaftspolitischen Anliegen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nur mit Hilfe der SPD durchgesetzt werden können, zeigt die Haltung der anderen Parteien im Bundestag wie auch im Landtag. Zu einzelnen wichtigen Fragen ist festzustellen:

Lastenausgleich

Seit der 14. Novelle zum LAG liegt die parlamentarische Initiative eindeutig bei der SPD. Die meisten Vorschläge des BdV-Lastenausgleichsausschusses wurden von der SPD zur Vorlage von Initiativgesetzentwürfen verwendet. Ohne das entschiedene Eintreten der SPD wäre die Stichtagsregelung in der 16. Novelle nicht befriedigend gelöst worden. Bei der nunmehr dem Bundestag vorliegenden 17. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz geht es um die Angleichung der Kriegsschadenrente (Unterhaltshilfe, Entschädigungsrente). Es geht dabei um die alten und um die ärmsten unter den Vertriebenen und Flüchtlingen. Auch hier will Herr Erhard wie bei den Kriegsoffern gerade bei den sozial schwächsten mit dem Maßhalten beginnen. Die Sätze für die Unterhaltshilfe betragen jetzt:

für Alleinstehende oder Haushaltsvorstand	monatlich	DM 155,—
für Ehefrau	monatlich	DM 85,—
für Kinder	monatlich	DM 49,—

Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

für Alleinstehende oder Haushaltsvorstand	monatlich	DM 190,—
für Ehefrau	monatlich	DM 115,—
für Kinder	monatlich	DM 65,—

## Vorschlag der Bundesregierung

für Alleinstehende oder Haushaltsvorstand	monatlich DM 170,—
für Ehefrau	monatlich DM 94,—
für Kinder	monatlich DM 54,—

Der Entwurf der SPD zur 17. Novelle enthält eine wesentliche Verbesserung des Selbständigenzuschlages.

In sieben verschiedenen Stufen wird der Selbständigen-Zuschlag bis 125,— DM monatlich (derzeit 60,— DM) erhöht. Diese Verbesserung fehlt im Regierungsentwurf zur Gänze.

Die SPD setzt sich auch für eine schnellere Abwicklung des Lastenausgleichsgesetzes ein. Das wurde von der Bundesregierung immer wieder zugesagt, aber nicht eingehalten. Die versprochene Vorfinanzierung wurde nicht im erforderlichen Ausmaß bewilligt. Die Protestkundgebungen des BdV wegen Verzögerung der Auszahlung der Hauptentschädigung hatten die Unterstützung der SPD. Die SPD tritt ferner für eine Verbesserung der Schadensstufen und für eine wesentliche Erhöhung des Selbständigenzuschlages ein.

## Altersversorgung

Die SPD tritt dafür ein, daß die Bearbeitung der Rentenanträge beschleunigt wird. Der Altenplan der SPD wird gerade den alternden Vertriebenen und Flüchtlingen zugute kommen. Ihr Lebensstandard soll durch moderne Altenheime und Altenwohnungen verbessert werden. Die Betreuungsmöglichkeiten in diesen Einrichtungen sollen wesentlich verbessert werden. Durch die immer noch andauernde Trennung der Familien ist für die Vertriebenen und Flüchtlinge diese Frage ganz besonders wichtig.

## Vertriebenen- und Flüchtlingsorganisationen

Die Organisationen der Vertriebenen insbesondere auch der Landsmannschaften sollen eine verstärkte Förderung erfahren. Das Kultur- und Volksgut der Heimatvertriebenen soll gewahrt werden. Die Anträge der SPD auf Errichtung von Instituten für Ostfragen und ostdeutsche Volkskunde bewiesen das. Die Erhöhung der Kulturmittel für das Brauchtum der Heimatvertriebenen im Landesetat wurde durch einen SPD-Antrag ausgelöst. Der Behauptung der CDU, daß die SPD die Hergabe von Kulturmitteln für die DJO (Deutsche Jugend des Ostens) abgelehnt habe, ist unrichtig. Es ging dabei nur um die Frage, ob eine Organisation, welche aus dem Landesjugendplan Mittel bekommt, auch aus einem anderen Titel bezuschußt werden kann. Der Zuschuß an die DJO ist um keine einzige Mark gekürzt worden.

## Flüchtlinge aus Mitteldeutschland

Seit Kriegsende haben 3 Millionen Flüchtlinge aus Mitteldeutschland Aufnahme in der Bundesrepublik gefunden. Von den 9 Millionen Heimatvertriebenen hatten fast 3 Millionen einen längeren oder kürzeren Zwischenaufenthalt in Mitteldeutschland, bevor sie von dort weitergeflüchtet sind.

Haben Heimatvertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge ein gleiches Schicksal?

Ja, denn beide haben ihre Heimat verloren, beide haben alles zurücklassen müssen, und beide standen hier vor dem Nichts.

Haben sie auch die gleiche Behandlung durch den Gesetzgeber erfahren?

Nein!

Bei den Flüchtlingen aus Mitteldeutschland geht man im Gegensatz zu dem Vertreibungsschicksal der Heimatvertriebenen vom Einzelschicksal aus.

Jeder Deutsche, der aus Breslau oder Königsberg oder aus Görlitz-Ost kommt oder gekommen ist, ist Vertriebener, nimmt am Lastenausgleich teil und erfüllt die allgemeinen Voraussetzungen der sonstigen Betreuungsgesetze.

Der Deutsche, der aus Leipzig oder Magdeburg oder aus Görlitz-West kommt oder gekommen ist, ist noch lange kein SBZ-Flüchtling — C-Flüchtling — im Sinne der bundesdeutschen Gesetze. Als echte Flüchtlinge werden nur ein Viertel anerkannt, sie müssen in einer besonderen Zwangslage usw. gewesen sein. Drei Viertel der Flüchtlinge erhalten dieses Status nicht. Weder der C-Ausweis-Inhaber noch der „Notaufgenommene“ ist den Heimatvertriebenen gleichgestellt. Obzwar die Bundesregierung wiederholt erklärt hat, „die Flucht ... war zu keiner Zeit wesentlich durch wirtschaftliche Überlegungen der Flüchtenden bestimmt. Sie wichen vielmehr vor einem unerträglichen Druck ...“ oder „sie wichen vor einem Druck, sie wurden durch die Unerträglichkeit der politischen Zustände hinausgedrängt, nicht aber durch die Werbewirkung westdeutschen Besserlebens angezogen“.

Trotzdem hat sich die Bundesregierung und die jetzigen Koalitionsparteien bisher nicht bereitgefunden, den Flüchtlingen aus Mitteldeutschland den verdienten gleichen Status zu geben wie den Heimatvertriebenen.



Die Bundestagsfraktion der SPD hat ein umfassendes Flüchtlingsgesetz im Bundestag eingebracht, mit welchem vorgesehen ist, die Flüchtlinge aus Mitteldeutschland den Heimatvertriebenen gleichzustellen.

Die Gleichstellung ist eine menschliche und politische Notwendigkeit, weil beide Bevölkerungsteile das gleiche Schicksal erlitten haben und daher mit gleichem Maßstab gewertet werden müssen.

CDU und FDP haben aber in der Sitzung des Heimatvertriebenen-Ausschusses des Deutschen Bundestages am ■ Februar 1964, die Gleichstellung abgelehnt. Der Status der SBZ-Flüchtlinge soll nicht geändert werden. Damit ist zu befürchten, daß die CDU und FDP auch in diesem Bundestag verhindern, daß den Flüchtlingen geholfen wird.

Das Gesetz zur Gleichstellung für die Flüchtlinge aus Mitteldeutschland, welches von der SPD erarbeitet wurde, hat die Zustimmung aller Flüchtlingsverbände gefunden. Auch die Verbände der Heimatvertriebenen haben sich mit den Flüchtlingen solidarisch erklärt.

Der Finanzexperte der SPD und Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Dr. Alex Möller, hat die finanzielle Durchführbarkeit dieses Gesetzes anerkannt.

## SPD-Erklärungen zum Heimat- und Selbstbestimmungsrecht

Bezüglich der provisorischen und verwaltungsmäßigen Ostgrenze, die von Rußland zu Gunsten Polens von den Potsdamer Beschlüssen gezogen worden ist, erklären die Sozialdemokraten, daß die Oder-Neiße-Linie nicht als die deutsche Ostgrenze angesehen werden kann.

Dr. Kurt Schumacher — Erklärung Osnabrück 1946

Wir deutschen Sozialdemokraten werden mit allen Mitteln friedlicher Politik und unter dauerndem Appell an die Vernunft der Welt um jeden Quadratkilometer östlich der Oder und Neiße kämpfen.

Dr. Kurt Schumacher in Hamburg-Bergedorf 1946

Wir wollen die Wiedervereinigung Deutschlands, wir wollen die Befreiung der Menschen in der Sowjetzone, wir wollen die Rückkehr der Gebiete hinter Oder und Neiße, wir kämpfen für das Recht auf Heimat für alle unsere vertriebenen Landsleute, aber in keinem Fall und unter keinen Umständen ist für uns der Krieg, die militärische Auseinandersetzung ein denkbares Mittel im Kampf um die Erreichung dieser Ziele. Wir wollen die Wiedervereinigung auf friedliche Weise, wir wollen durch eine echte Zusammenarbeit mit anderen Völkern versuchen, unsere Probleme durch europäische und nationale Verhandlungen zu lösen. Das ist ein schwerer und zeitraubender Weg, aber es ist der einzige Weg, auf dem wir Aussicht haben, als Staat und Volk zu bestehen und unseren Platz in der Welt zu finden.

Rede Erich Ollenhauers — Parteitag Dortmund 1952

Künftige Grenzen — daran sollten alle Beteiligten rechtzeitig denken — dürfen nicht den Keim neuer Feindseligkeiten in sich tragen. Das Recht auf Heimat hat mit Chauvinismus nicht das geringste zu tun, sondern es wird in einer befriedeten Welt zu den Grundrechten der Menschen gehören müssen. Mehr noch als in der Vergangenheit wird es auf das bewußte Streben nach gutnachbarlichem Zusammenleben ankommen und sich darauf besinnen, daß die größere Heimat morgen Europa heißt, wenn nicht übermorgen sogar die Welt, in die wir mit der ganzen geordneten Kraft und dem wiedergewonnenen Gleichgewicht unseres Volkes hineinwachsen möchten.

Rede Willy Brandt in Kiel 1958 — Landeskundgebung der Vertriebenen-Verbände

Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten und dem Sudetenland bleibt stets ein Unrecht, und die Sozialdemokratische Partei vertritt das Recht auf Heimat. Um die deutschen Ostgebiete wieder gewinnen zu können, seien 5 Punkte zu beachten:

1. Das Problem müsse friedlich gelöst werden.
2. Eine Lösung sei nur in einer Atmosphäre der Entspannung möglich, deshalb müsse man mit den Völkern, mit denen eine Verständigung über die Zukunft der Heimatvertriebenen notwendig sei, in vernünftiger Weise nebeneinander leben.

3. Die Lösung des Vertriebenen-Problems setze die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands voraus, da die Aufrechterhaltung der Teilung eine konstruktive und dauerhafte Entwicklung in Osteuropa ausschließe.
4. Eine Neuordnung der Beziehungen zwischen allen europäischen Völkern sei erforderlich mit dem Ziel, die Zusammenarbeit enger zu gestalten.
5. Die endgültige Lösung des Vertriebenen-Problems müsse im Zusammenhang mit den Grundsätzen gefunden werden, die in der Satzung der Vereinten Nationen über die Menschenrechte aufgestellt worden sind.

Rede Erich Ollenhauers in Rotherburg 1958

Internationale Schiedsgerichte, Vergleichsverträge, Selbstbestimmungsrecht und Gleichberechtigung aller Völker, die Unverletzlichkeit der Staatsgebiete und die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Völker sollen den Frieden sichern, den eine Weltorganisation garantiert. Die Vereinten Nationen müssen die allgemeine Weltorganisation werden, die sie ihrer Idee nach sein sollen. Ihre Grundsätze sollen allgemeinverbindlich sein. Ein Volksgruppenrecht, das im Einklang mit den von den Vereinten Nationen verkündeten Menschenrechten steht, ist unentbehrlich. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt das Recht aller Menschen auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur.

Aus dem Grundsatzprogramm der SPD – Bad Godesberg 1959

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, erklärte am Schlesier-Treffen 1963 in Köln zur Frage der Oder-Neiße-Linie unter anderem:

„Eine wirkliche Aussöhnung zwischen den Völkern kann es nur geben, wenn die Völker etwas verbindlich miteinander vereinbaren. Das Diktat des Jahres 1945 ist keine Sache der Völker. Der die Oder-Neiße-Linie als eine Grenze bezeichnet, die innerlich vom deutschen Volk akzeptiert ist, der belügt die Polen. Auch den Polen ist mit falschen Freunden nicht gedient.“

Willy Brandt beim Schlesier-Treffen 1963 in Köln

## Zur aktuellen Situation

Erklärung des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Dr. Hermann Veit, vor dem Kongreß der SDP „Gegen Trennung und Gewalt“ in Sindelfingen am 8. März 1964:

Im Bund und in den Ländern hat die SPD bewiesen, daß Heimatvertriebene und Flüchtlinge sich auf diese Partei verlassen können, weil die SPD unbestreitbar in den Fragen der Vertriebenen und Flüchtlinge die führende Partei ist und der Motor, der sich immer wieder gegen die Bremsen der Regierung und der Bürokratie durchsetzen muß.

Als in Verfälschung des Wählerwillens nach den Landtagswahlen des Jahres 1960 eine kleine Koalition der Verlierer gebildet wurde, schaffte es der Gesamtdeutsche Block/BHE, wie er damals noch hieß, erst nach wochenlangem Tauziehen von CDU und FDP, in die Regierung aufgenommen zu werden. Der GB/BHE zahlte dafür damals einen hohen Preis, an den sich die Reste, die von ihm übriggeblieben sind, heute nicht mehr gerne erinnern lassen. Es war die kleine Koalition, die das seit 1952 bestehende Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte auflöste und dem BHE, der sich damit auch begnügte, lediglich ein Staatssekretariat angeboten hatte.

Darüber hinaus ist in der Regierungserklärung vom Juli 1960 zu lesen, daß die CDU die Auflösung des Vertriebenenministeriums als eine Möglichkeit ansah, die zu Einsparungen und zur Verwaltungsvereinfachung führen solle. Heute werden von der CDU ihre eigenen Worte wesentlich anders gelesen. So, wenige Wochen vor den Wahlen, versucht die CDU von ihren eigenen Worten abzurücken und ihre eigenen Beschlüsse zu verdecken, indem sie den Vertriebenen und Flüchtlingen unseres Landes weismachen will, es sei die SPD, die das Staatssekretariat in einer künftigen Regierung nicht belibhalten will.

Ich kann hier in aller Form erklären:

Die Sozialdemokratische Partei und ihre Landtagsfraktion hat sich nie gegen eine eigenständige Vertriebenen- und Flüchtlingsverwaltung in Baden-Württemberg ausgesprochen. Ich bin überzeugt, daß sie auch in Zukunft den gleichen Standpunkt einnehmen wird. Die Eigenständigkeit wird dadurch betont, daß an der Spitze der Vertriebenen- und Flüchtlingsverwaltung ein Staatssekretär stehen muß. Wir sind jedoch der Meinung, daß die Eingliederung der Vertriebenen- und Flüchtlings-

angelegenheiten in das Innenministerium keine befriedigende Lösung ist, weil sie in dieser Mammutverwaltung zu kurz kommen und nicht mit dem nötigen Gewicht ausgestattet sind. Die SPD hat mit Ihrem Entwurf für das von der Landesverfassung vorgeschriebene Ministergesetz den Weg gezeigt, den sie beschreiten will. Sie ist der Meinung, daß die Aufgaben der Vertriebenen- und Flüchtlingsverwaltung in einem Arbeits- und Sozialministerium in besserer Obhut wären und ihre Zuordnung in den Bereich der Arbeit und des Sozialen dazu führen würde, daß die noch offenen Belange wirkungsvoller und nachhaltiger vertreten und verwirklicht werden können.

In der Regierungserklärung vom Juli 1960 sind den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen einige Versprechungen gemacht worden. Die Landesregierung wird sich bemühen, so hieß es damals, die bisherigen Anstrengungen um gesellschaftliche, soziale und kulturelle Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge zielstrebig fortzusetzen und sie dort, wo es notwendig ist, zu verstärken. Im wesentlichen scheint es bei diesen Versprechungen geblieben zu sein. Das ist zu schließen aus dem Fusionsangebot, das die CDU im Oktober vergangenen Jahres dem in Auflösung befindlichen BHE gemacht hat. Dieses Angebot, mit dem die CDU Wählerstimmen des BHE für sich zu retten sucht, enthält mehrere Punkte, die die CDU im kommenden Landtag, im Bundestag und im Bundesrat verfolgen will. Was dabei auffällt, ist, daß diese Punkte lauter alte Bekannte aus den Versprechungen in der Regierungserklärung sind. Vier Jahre alte Versprechungen wurden einfach wiederholt. Wenn die CDU mit dem schlechten Gedächtnis der Vertriebenen und Flüchtlinge gerechnet hat, mußte sie sich enttäuschen lassen. Selbst die in Auflösung befindliche Gesamtdeutsche Partei, die in Baden-Württemberg aus der unnatürlichen Ehe zwischen BHE und Deutscher Partei hervorgegangen ist, zeigte wenig Gegenliebe und lehnte das CDU-Angebot ab. An dieser Ablehnung konnte auch die ruhmlose Rolle des Staatssekretärs Schwarz nichts ändern, der die Gesamtdeutsche Partei verließ und in der Hoffnung zur CDU übergetreten ist, daß ihm viele der Angehörigen der Gesamtdeutschen Partei folgen werden und damit am 26. April der CDU Wahlhilfe leisten. So steht die Gesamtdeutsche Partei vor der paradoxen Situation, als Koalitionspartner angesehen zu werden, ohne es nach dem Übertritt ihres Vertreters in Regierung, des Staatssekretärs Schwarz zur CDU, noch zu sein. Vier Jahre Beteiligung an der Regierung der kleinen Koalition haben der Gesamtdeutschen Partei und Ihren Wählern wohl überzeugend genug bewiesen, daß die CDU entweder nicht willens oder nicht in der Lage ist, die berechtigten Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge auf eine möglichst vollständige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Eingliederung erfolgreich zu

vertreten. Die Sozialdemokratische Partei in Baden-Württemberg hat der Gesamtdeutschen Partei kein Fusionsangebot gemacht. Sie hat aber ihre Bereitschaft erklärt, allen aktiven Kräften aus den Reihen der Vertriebenen, Flüchtlingen und Geschädigten, die bisher nicht den Weg zu ihr gefunden haben, die politische Plattform zu geben, um auch künftig an der politischen Gestaltung ihres Schicksals mitzuwirken. Die SPD weiß die Leistungen und Fähigkeiten, den Fleiß und den Aufbauwillen der Vertriebenen und Flüchtlinge anzuerkennen. Als langjähriger Wirtschaftsminister dieses Landes weiß ich aus eigener Erfahrung und Anschauung, mit welchem Fleiß und mit welchen Fähigkeiten die Heimatvertriebenen am Aufbau unseres Landes mitgewirkt und welche großen Verdienste sie sich dabei erworben haben. Die SPD weiß aber auch, daß in Baden-Württemberg noch nicht alle Aufgaben der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Eingliederung befriedigend gelöst sind. Die SPD hat in diesem Land erst in jüngster Zeit eine neue Initiative ergriffen, um durch die Errichtung eines Landesinstituts für Ostfragen der kulturellen Eingliederung und der Pflege und Vertiefung der Kenntnisse über die osteuropäischen Vertreibungsgebiete den Weg zu bereiten. Daß sie damit erfolgreich war, erfüllt sie mit Befriedigung. Auch ein parlamentarischer Vorstoß zur Behebung vorhandener Eingliederungsschwierigkeiten, insbesondere des vertriebenen und geflüchteten Landvolks, war erfolgreich und hat zu einem Prüfungsauftrag über die staatlichen Möglichkeiten in diesem Bereich geführt. Eines kann hier ruhig ausgesprochen werden: Die SPD anerkennt aber auch die Bemühungen der politischen Kräfte der Gesamtdeutschen Partei, mit denen sie sich in vielen Sachfragen in den vergangenen vier Jahren in Übereinstimmung befand.

Das ist in kurzen Worten die derzeitige politische Situation im Lande Baden-Württemberg. Wir müssen es ablehnen, die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge dadurch für uns zu gewinnen, daß wir einzelnen Funktionären hohe Staatsstellen anbieten, wie das die CDU getan hat. Wir haben eine zu hohe Meinung von der Moral der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, als daß wir ihnen unterstellen würden, daß sie in ihrer politischen Entschließung sich durch solche Manipulationen beeindrucken ließen. Wir werben nicht um die Stimmen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Interesse unserer Partei, sondern wir zeigen den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen, was die Sozialdemokratische Partei in Bund und Ländern in der Vergangenheit getan hat und geben ihnen zu bedenken, in ihrem eigenen Interesse sich zu entschließen, mit dieser Partei ihr künftiges Schicksal zu gestalten. Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge können gewiß sein, daß ihr Wohl in den Händen der Sozialdemokratie am besten aufgehoben ist.